

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,  
Adena & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontokonto:  
G. H. K. K., Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altsadt

Abzugpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 5000.— M., durch die Post bezogen monatlich 5000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1750.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 500.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Abzugpreis: die Originalen Kompartiments 400.— M., auswärts 500.— M., die Spezialene Reklamazeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7600 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Reisegebühren 40 Proz. Rabatt. Für Kleinwerbeflaggen 100 M.

Nr. 111

Dresden, Dienstag den 15. Mai 1923

34. Jahrg.

## Sachwerte als Garantien

Bei Besprechung der englischen und der italienischen Antworten auf das deutsche Reparationsangebot haben wir gestern mit aller Schärfe die Forderung erhoben: Erfassung der Sachwerte. Will die deutsche Regierung Garantien für Reparationsleistungen schaffen, die von der Entente als Garantien anerkannt werden — und das muß sie — so bleibt kein anderer Weg als Erfassung der Sachwerte und Ausbarmachung der Sachwerte für Reparationszwecke. Auf diese Notwendigkeit muß jetzt alle Kraft konzentriert werden, bis sie erfüllt ist. Die Öffentlichkeit und das gesamte schaffende Volk müssen zur Durchsetzung dieser Politik aufgerufen werden. Zur Unterstützung dieses Bemühens geben wir hier wieder, was auch der Sozialdemokratische Parlamentsdienst über die Sachwerte berichtet. Er schreibt aus Berlin:

Nach den englischen und italienischen Antworten steht fest, daß keine der alliierten Mächte unser letztes Angebot als ausreichend für eine Verhandlungsbasis hält. Verhandeln aber wollen wir und bestimmen auch England und Italien. Deutschland ist der schuldende Teil, und es hat deshalb auch die Pflicht, jetzt weitere Schritte zur Lösung zu machen, ganz abgesehen davon, daß unsere Gläubiger bestimmte Schritte erwarten. Das Verlangen muß also nachgeholt werden, wir müssen ein neues Angebot an die alliierten Regierungen richten und uns hierbei in erster Linie von dem Gedanken leiten lassen: Wie ist die Ruhr auf schnellstem Wege zu befreien? Sicherlich ist es für eine Regierung nicht leicht, ein erhöhtes Angebot zu machen, nachdem sie sich bereits auf 30 Milliarden Goldmark festgelegt hat. Aber wir sind der Auffassung, daß es im Augenblick viel mehr auf die Garantieleistungen Deutschlands für die notwendigen Anleihen ankommt, als auf eine direkte zahlenmäßige Erhöhung unseres letzten Angebots. Von der Garantieforderung hängt alles ab. Ihre Regelung wird zu Schlussfolgerungen über das berechnete, was Deutschland zu leisten vermag und anbieten kann. Zunächst muß deshalb besonders klar gestellt werden: Wer soll in Zukunft die Reparationen zahlen? Der Versuch der Vorjahre, unsere Kriegsverpflichtungen durch die Notenspreiße zu erledigen, hat zum Zusammenbruch unserer Finanzwirtschaft geführt, zu einer Entwertung der Mittelschichten des deutschen Volkes, aber andererseits aber auch zur Erhaltung und Stärkung des Sachwertes. Daß die Sachwerte, die auf Kosten des Volkes seit 1914 zunächst zum Kriegsgewinn, dann zum Revolutionsgewinn, später zum Reparationsgewinn wurden und inzwischen sinnlose Inflationsgewinne einbrachten, nun endlich einmal nicht nur garantieren, sondern auch zahlen, verlangen das In- und Ausland. Das Ausland stellt diese Forderung, weil es sieht, daß nur die Sachwertbesitzer den allein zahlungsfähigen Kreis darstellen. Das Inland in seinen allerbreitesten Schichten aber erhebt diese Forderung, weil es die Praxis fast hat, sich unter patriotischen Wrauen weit über die äußere Last hinaus von seinen Sachwerten enteignen zu lassen. Die Art, wie gerade hier die Herren Geldfresser, Reichtum und Fischer, Börsen, in trauriger Einseitigkeit jede Zahlungsfähigkeit vom Volk ferngehalten und alles auf die Massen abgewälzt haben, ist nicht geeignet, im Ausland Vertrauen und im Inland Zuversicht zu erwecken. Analagisch beginnt man nun endlich auch in der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft das ehemals so verhasste Wort „Erfassung der Sachwerte“ wenigstens stotternd auszusprechen. Hochgebende Regierungskreise sollen sich inwiefern ebenfalls darüber klar geworden sein, daß wir in der Tat ohne die Sachwerte als Garantieleistung nicht weiterkommen, und daß eine gesetzliche Festlegung zu diesem Zweck nicht nur unbedingt notwendig, sondern vielleicht auch erwünscht werden muß.

Daß es dem gegenwärtigen Reichskanzler als Vertreter der Wirtschaft nicht leicht fällt, einen derartigen Schritt zu tun, von dem alles abhängt, und der schließlich die Grundlage für die ziffermäßige Angabe unserer Gesamtleistung bildet, ist verständlich. Schon munktelt man von einem Rücktritt der Regierung, obwohl sich auch die Arbeitsgemeinschaft einig darüber ist, daß im gegenwärtigen Augenblick eine Regierungskrise vermieden werden muß. Das ist auch unsere Auffassung. Die Regierung, die uns bis hierher geführt hat, die Regierung der „diskontinuierlichen Wirtschaft“, ist gemissermaßen verpflichtet, ihr ungenügendes erstes Angebot zu ergänzen und die notwendigen Verhandlungen zu führen. Ihr Rücktritt könnte nur als Flucht vor der Verantwortung gedeutet werden.

### Abgesperrte Ruhrkolonie

Nachdem die Franzosen die sämtlichen Ausfuhrprodukte, Kohlen, Gold und alle Nebenprodukte beschlagnahmt haben, nachdem sie die Eisenbahnen wegnahmen, nachdem sie Behälter ausgenommen haben, nachdem sie einen festen Zollgrenz um das Ruhrgebiet gezogen haben — verfügen sie nun, daß kein Deutscher mehr ohne Paß in das Ruhrgebiet hineingelassen und auch kein Deutscher mehr aus dem Ruhrgebiet ohne Paß ins Ausland herausgelassen wird. Das gesamte Ruhrgebiet ist so zur förmlichen Kolonie Frankreichs geworden. Der Rechtsapparat funktioniert nun vollkommen. Es fehlt

nur eine Kleinigkeit: daß die drangsalirte Bevölkerung auch für die Gewaltthaten frondet. Der passive Widerstand, den die Arbeiterklasse aufrecht erhält, ist der Stein des Anstoßes, der die Macht haben nicht froh werden läßt. Dieser Widerstand wird von der Arbeiterklasse auch weiter fortgeführt werden, wenigstens lauten alle Kreisläufe und Kundgebungen der Arbeiterorganisationen dahin.

Ob freilich die Unternehmer und die besitzenden Klassen den Widerstand fortführen, ist jetzt zweifelhaft geworden. Wenn es wahr ist, was die Franzosen berichten, daß nämlich ganz gewaltige Beträge der Kohlensteuer und andre verhängte Auflagen an die Franzosen abgeführt wurden, so zeigt das, daß sich die Unternehmer fügen und bereits mit den Franzosen gute Geschäfte machen. Die Franzosen führen feste Summen an, und auch deutsche Nachrichten besagen, daß tatsächlich große Beträge als Kohlensteuer der französischen Regie gegeben werden. Wenn es so steht, so ist es höchste Zeit, die Frage zu prüfen, wie sich die Arbeiterklasse weiter verhalten muß. Es ist schwer, von hier aus ein klares Bild zu gewinnen, um so größer ist die Verantwortung der Regierung. Wehe, wenn das Volk wieder belogen und betrogen wird! Wehe, wenn man wieder einen Weg starr weiter geht, der in den Abgrund führt. Wahrheit und Klarheit ist jetzt erforderlich. Bei Besprechung der Reparationsantworten im Reichstage muß die gesamte Situation rücksichtslos aufgerollt werden.

## Cuno und Rohrbach

Die Fortsetzung der Reichstagsdebatte über die deutsch-nationale Interpellation wegen der Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei brachte mancherlei Überraschungen und keine erfreulichen. Zunächst ließ sich die Sitzung sehr uninteressant an. Dann sprach der Reichsvölkische v. Graefe und hielt eine Anklage. Das Haus wurde sehr aufmerksam, als er behauptete, seine Partei habe in Unterredungen mit Cuno die Reichsregierung über die gesamte Tätigkeit der Deutschvölkischen informiert. Wie kam also die Reichsregierung dazu, zuzugreifen, daß unehrbare Männer ins Geschehen geworfen wurden? Der Reichsjustizminister antwortete, daß er in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen könne.

Dann aber kam die Sensation des Tages. Reichsinnenminister Oeser erklärte, daß ihm persönlich von Unterredungen, wie sie der Abgeordnete Graefe behauptete, nichts bekannt sei. Er verlas einige Dokumente, die nachwiesen, daß die Deutschvölkischen sich rüsten zum Freiheitskampf gegen Frankreich und zum Entscheidungskampf gegen links, also zum Bürgerkrieg. Dann aber gab der Reichsinnenminister aus den Akten bekannt, daß tatsächlich eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler Cuno und einem Führer der Deutschvölkischen stattgefunden habe. Der Reichskanzler habe die Mittelungen des Deutschvölkischen förmlich und interessiert angehört.

Daß der Linken diese lahme Auskunft nicht genügte, ist selbstverständlich. Ledebour verlangte, daß v. Graefe außer der Reihe das Wort erhalte, um sich noch näher zu äußern. Dilemme Geschäftsordnungsantrag wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und einige Demokraten entfallen. Der Reichsvölkische v. Graefe aber rühte nicht mit der Sprache heraus und sagte, die Regierung möge sprechen, wenn ihr Bewußtsein sie dazu dränge. Der Regierung sei bekannt, daß die Deutschvölkischen nur legale Zwecke verfolgten. Die Regierung aber schweigend einwilligen.

In der Genosse Henke ließ der Reichsregierung keinen Zweifel darüber, daß sie aus dieser Reserviertheit herauszutreten müsse und so nahm dann später der Reichsminister des Innern Oeser noch einmal das Wort, um zur großen Verblüffung des Hauses mitzuteilen, daß der Reichskanzler Cuno tatsächlich den berüchtigten Bandenführer Rohrbach empfangen habe und von ihm einen Vortrag über die Erziehung der Jugend entgegengenommen. Der Reichskanzler ließ durch den Innenminister die für einen Politiker lächerliche Erklärung abgeben, er habe Herrn Rohrbach und seine politische Tätigkeit überhaupt nicht gekannt. Weder die Organisation der Deutschvölkischen Freiheitspartei sei der Reichskanzler erst durch die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof unterrichtet worden. Der Reichskanzler über die Erregung in den rechtsgerichteten Kreisen wegen der Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei gesprochen und der Kanzler habe diese Dinge sehr ernst genommen. Der Bitte v. Graefes, ihm eine Unterredung mit dem Chef der Reichswehr, General v. Seel, zu vermitteln, habe der Reichskanzler aber nach näheren Erkundigungen nicht entsprochen.

Die kindlichen Erklärungen, die der Kanzler durch den Reichsinnenminister dem Parlament vortragen ließ, rundeten das Charakterbild des Herrn Cuno, das für keinen Politiker mehr in der Geschichte ist, und über das noch zu reden sein wird, recht gut ab. — Nach einer bedeutungslosen Rede des Reichsnationalen Lauerer wurde über die vorliegenden Entschlüsse abgestimmt, wobei sich ein nicht ganz bedeutungsloses Zwischenstadium ereignete. Die Deutschnationalen verlangten in einer Entschließung die Aufhebung des Staatsgerichtshofes. Zum allgemeinen Erstaunen stimmte dafür auch ein Teil der Deutschen Volkspartei. Der Antrag

## Skavenstaat Saargebiet

Die wie ein Vulkan schallende Regierungskommission des Völkischen Bundes hat das Saargebiet zu einer Kolonie degradiert, in der die Bevölkerung immer mehr rechtlos wird und vor allem das schaffende Volk immer schärfer der Ausbeutung anheimfällt. Den Saarbergleuten wurde ein Lohnabbau von 7 Franken für die Schicht zugemutet, worauf sie in den Streik traten. Die Regierungskommission schloßerte und drangalierte sie und raubte ihnen schließlich sogar das Streikrecht. Vier mehr als drei Monate haben die Bergarbeiter standgehalten. Jetzt aber haben die Organisationen beschlossen, gewisse Vereinbarungen mit der Bergwerksverwaltung als Grundlage vorzunehmen und den Streik nach hunderttägiger tapferer Wehr zu beenden. Am 15. Mai soll die Arbeit wieder aufgenommen werden. Zugleich wird gemeldet:

Saarbrücken, 14. Mai. In der Sitzung des Landestages haben sämtliche Parteien eine gemeinsame Erklärung ab, in der gegen die sogenannte Notverordnung der Regierungskommission und gegen die am 2. Mai verhängte Einschränkung des Streikpostens in der entscheidenden Weise Einspruch erhoben wird. In der Erklärung wird die Regierungskommission vor der Welt angeklagt, daß sie sich vornehmlich, aber durch den Verfall der Werrag gestülpte Aufgabes für die Wohlfahrt der Saarbewohner zu sorgen, wiederum in unerhöhrter Weise verhält habe. Sie mache die Bevölkerung zum Gegenstand ihrer einseitigen politischen Bestrebungen und das Saargebiet, das einzige der Welt, das Völkischen anvertraute Land, zu einem Sklavenstaat. Als Protest gegen die Verordnung der Regierungskommission lehnte es der Landtag ab, heute eine Sitzung abzuhalten.

Saarbrücken, 15. Mai. Die Einigung im Bergarbeiterstreik bestimmt: Mahregelungen haben nicht statt. Die Löhne sind in der obersten Stufe um 6 Franken je Schicht, in der untersten Stufe um 8 1/2 Franken je Schicht zu erhöhen.

wurde gegen die Stimmen der überwiegenderen Mehrheit des Hauses abgelehnt. Als nun ein Kompromißantrag der bürgerlichen Mittelparteien zur Abmilderung kam, der eine Revision des Republikgesetzes in dem Sinne forderte, daß Parteien nicht mehr aufgelöst werden können, rühte sich ein Teil des Zentrums und der Demokraten für die Rechtsdenkung eines Teils der Deutschen Volkspartei dadurch, daß sie nicht mehr für ihren eigenen Antrag stimmten. Infolgedessen blieb der Antrag, auf Revision des Republikgesetzes in der Minderheit.

Im Reichstag wurde gestern die dritte Beratung des Reichsfinanzplanes für 1923 in der Debatte beim Vorschalt des Reichsfinanzministeriums mit den Deutschnationalen

Interpellationen über das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei und die Selbstschutzorganisationen fortgesetzt.

Abg. v. Guérard (B.): Wir haben keine Veranlassung hier eine andere Haltung einzunehmen als im Landtag. (Zurück zum Zentrum.) Unsere Haltung ist einheitlich. Wir sind föderalistisch. Deshalb haben wir angenommen, daß politische Parteien und deren Organisationen nicht verboten werden können. (Hört, hört! rechts.) Bei genauer Prüfung des Gesetzes zeigte sich allerdings, daß die Verbote für das Vorgehen des Reichs gegeben waren. Es ist in diese Richtung richtig angewendet worden, wird sich erst nach Abschluß des Verfahrens feststellen lassen. Wir lehnen es ab, in ein schwebendes Verfahren einzutreten.

Abg. Roth (Dem.): Die Rede des Zentrumsabgeordneten kann ich fast durchweg unterschreiben, ebenso die des Vertreters der Deutschen Volkspartei, die zwar nicht hier, aber im Preussischen Landtag vom Abg. v. Kardorff gehalten wurde. (Zurück zum Zentrum.) Wir billigen das Verbot einer solchen Partei, können aber nicht das unerschöpfliche Verbot aller vaterländischen Verbände billigen, wie es leider in manchen Ländern geschieht. Hitler, der bayerische Verfassungsfreund der Deutschvölkischen, verlangt die Beilegung der Parteien. Wir bedauern, daß die bayerische Regierung nicht früher die Kraft zum Einschreiten gegen diese Verhältnisse gefunden hat. Die jetzige bayerische Ausnahmeverordnung ist viel drakonischer gehalten als alle Verordnungen im besetzten Gebiet. Wenn diese Verordnung gleichzeitig nach rechts und links angewendet würde, dann wäre in Bayern Ordnung zu schaffen.

Wir verlangen ein

Einschreiten gegen die Selbstschutzorganisationen von rechts und links, wie können die milde Beurteilung nicht begreifen, die der Abg. Scheibemann den Kommunisten zu teil werden ließ. Wir begreifen es, daß Minister Seegering auch gegen die proletarischen Hundstschäfer vorgehen will. Wir bedauern es, daß in Sachsen diese proletarischen Hundstschäfer geradezu einen Teil des Regierungsprogramms bilden. Die Volkspartei führte den Kampf einseitig gegen links, aber sie ging doch wenigstens einhellig vor, jetzt aber gehen Linke wie Sachsen und Bayern in ganz entgegengesetzter Richtung vor.

Abg. Remmele (Komm.): Die Redner aller bürgerlichen Parteien verlangen mehr oder weniger deutlich ein Verbot der kommunistischen Partei. Sie sind alle faschistisch beeinflusst. Es ist eine tiefe Verleumdung, daß die Kommunisten im Ruhrgebiet als Helfer Poincarés auftraten. Im Gegenteil, sie führten den Kampf gegen den französischen Militarismus am rücksichtslosesten. Die Redner begründet schließlich eine Entschädigung jener Franken, in der die Aufhebung der bayerischen Ausnahmeverordnung besteht.

Abg. v. Graefe (Deutschvölk.) wendet sich zunächst gegen die Abg. Scheibemann, Roth und v. Guérard, um dann an die Regierung mit erhobener Stimme die Frage zu richten: Wie kann die Reichsregierung schweigend der Verfolgung unserer Organisation zusehen, während wir doch längst vor dem Erlaß des Seegering'schen Gesetzes mit dem Reichskanzler Cuno und seinem Stellvertreter